

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 62. Jahrgang

28. Januar 2012



Bildungsministerin Sandra Scheeres will den Bedarf an Kitaplätzen genau prüfen. Wichtig sei eine verlässliche und flexible Kinderbetreuung, damit Eltern im Beruf leistungsfähig seien, betonte sie vor der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses. „Gute Wirtschaft braucht gute Bildung“, so die Senatorin. In Kita, Schule und Berufsausbildung würden Persönlichkeiten geprägt. Und Berlin brauche selbstbewusste und kreative Persönlichkeiten, um den Bedarf an Fachkräften und Exzellenz zu decken.

Weniger Neuschulden

Der Senat hält an einer soliden Finanzpolitik fest, setzt aber zugleich Schwerpunkte im Bereich Bildung.

„Der Haushaltsentwurf 2012/2013 steht im Zeichen der von der Regierung beschlossenen Konsolidierung des Landeshaushalts“, erklärte Finanzsenator Nußbaum bei der Vorlage am Dienstag. Eingeplant ist lediglich ein Ausgabenwachstum von 0,3 Prozent.

Im Jahr 2012 kann die Nettoneuverschuldung auf knapp über 1 Mrd. Euro und im Jahr 2013 auf knapp 600 Mio. Euro reduziert werden. Damit hält Berlin die Verpflichtungen aus der Schuldenbremse und dem mit dem Stabilitätsrat abgeschlossenen Sanierungsprogramm ein und kommt schrittweise dem Ziel näher, ab 2016 keine neuen Schulden mehr machen zu müssen. „Wo sich aus niedrigem Zinsniveau und Einnahmeerhöhungen Spielräume ergeben haben, setzen wir klare Schwerpunkte im Bereich der Bildungs- und Jugendpolitik“, so Nussbaum. So werden die Mittel für den Kitabereich erhöht, um zusätzliche Plätze zu schaffen. **BS** □

Landesregierung:

Für gute Arbeit sorgen

Klausurtagung: SPD-Fraktion hat Jahresplanung beraten

Mit einem Stopp pauschaler Mieterhöhungen, einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und Initiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze will der neue Senat die soziale Situation der Stadt weiter verbessern. Bei der Klausurtagung der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses stand vor allem die wirtschaftliche Entwicklung im Mittelpunkt.

Stadtentwicklung sei auch Wirtschaftspolitik, betonte Stadtentwicklungssenator Michael Müller auf der Klausurtagung der Fraktion. Schwerpunkt ist für ihn das Thema bezahlbare Mieten. Gemeinsam mit dem Finanzsenator und den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sollen Leitlinien formuliert werden. „Wir müssen genau hingucken, wo kann wem etwas zugemutet werden“, so Müller. Dabei könne von den Genossenschaften gelernt werden.

Über den aktuellen Stand der Wirtschaftsförderung informierte die Geschäftsführerin der Berlin Partner GmbH, Melanie Bähr auf der Fraktionsklausur. Bei einer Hafentour informierte sich die



Klaus Wowerit und Raed Saleh bei der Klausurtagung in Rostock. Foto: Stäuble

Fraktion in Rostock über die Bedeutung des Hafens für die örtliche Wirtschaft und den Berlin-Tourismus: Ein Drittel der Passagiere, die am Kreuzfahrtschiffterminal in Warnemünde von Bord gehen, fahren weiter in die deutsche Hauptstadt.

Ein Beschluss der Fraktion listet zahlreiche konkrete Vorhaben für Berlins Wirtschaft auf. „Wir können souverän und selbstbewusst in die Zukunft blicken“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. □

siehe auch Seite 3 und 4

Flugrouten festgelegt

Erhoffte Entlastung bei Müggelsee-Route kommt nicht

Die Genehmigungsbehörde ist bei der Festlegung der Flugrouten weitgehend den Vorschlägen der Deutschen Flugsicherung vom vergangenen Sommer gefolgt. Damit wird auch die Müggelseeregion in mindestens 1.150 Meter Höhe überflogen.

Die Routen waren Mitte 2011 nach zahlreichen Bürgerprotesten und gut einjähriger Debatte in der Lärmschutzkommission vorgestellt worden und hatten auch Vorschläge der Berliner Bezirke und brandenburgischer Gemeinden berücksichtigt. Sie wichen deutlich von den ersten Vorschlägen der Flugsicherung ab.

Mit der Stilllegung von Tegel und Tempelhof werden stärker besiedelte inner-

städtische Bereiche entlastet, der Lärm aber nicht völlig aus der Stadt ferngehalten. Die Nähe des Flughafens zu Berlin, die

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN WINTERFERIEN AM 18. FEBRUAR 2012.

IHRE REDAKTION

jetzt vor allem bei den Anwohnern in Trepow-Köpenick heftig kritisiert wird, war 1996 für die CDU-geführte Bundesregierung und CDU-Bürgermeister Diepgen ein wichtiges Kriterium für diese Standortentscheidung. Müggelsee-Anwohner kündigten weitere Protestaktionen an. **BS** □

Marx-Engels-Denkmal:

Anregung zur Reflexion

Peter Brandt: Bitte keine „Entmarxifizierung“!

Der Vorstoß des Bundesbauministers Peter Ramsauer (CSU), das Bronzedenkmal von Karl Marx und Friedrich Engels in Mitte auf den Friedhof Friedrichsfelde, die „Gedenkstätte der Sozialisten“, zu verbannen, hat in Berlin wenig Begeisterung ausgelöst. Symbole, so auch Denkmäler, berühren die politischen Emotionen mehr als alles andere. Dabei kommt es nicht nur darauf an, worauf sich jene realhistorisch beziehen, sondern mehr noch darauf, was mit ihnen verbunden wird - positiv wie negativ.

Diejenigen politischen Formationen, die sich entweder als direkte Nachfahren der beiden Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ - eine Bezeichnung, mit der sie sich gegen utopistisches Wunschenken abgrenzen wollten - verstehen (wie die Linkspartei) oder sie zumindest als einen relevanten Traditionsbestandteil in ihrer Ahnengalerie behalten möchten (wie die Sozialdemokratie) reagieren verständlicherweise abwehrend. Sie vermuten ideologisch-kulturkämpferische Absichten, die hinter mehr oder weniger plausiblen städtebaulichen Argumenten versteckt werden. Insofern ist wohlthuend, im „Tagesspiegel“ vom 22. Januar die differenzierte Stellungnahme des früheren Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, eines Konservativen mit historischem Sinn, zu lesen.

Wie kontinuierlich, wie gebrochen oder widersprüchlich auch immer die Linie von Marx und Engels zum System des „real existierenden Sozialismus“, gar in seiner despotisch-terroristischen Ausprägung während der Stalin-Ära, und namentlich zur DDR, gezogen werden kann - zu leugnen, dass es sich bei den beiden um wahrhaft große Geister in der Tradition des deutschen philosophischen Denkens handelte, wäre ein Ausweis von Kleingeisterei, von Beschränktheit. So wie die Bedeutung Martin Luthers heutzutage auch von gläu-



Peter Brandt ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität in Hagen und u. a. Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

bigen Katholiken anerkannt wird und auch dezidierte Linke imstande sind, die staatsmännisch-diplomatisch genialen Leistungen eines Otto von Bismarck zu würdigen, sollten auch Gegner jeder Art von Sozialismus im Abstand von anderthalb Jahrhunderten bereit sein, die beiden - in vieler Hinsicht (nicht nur im guten Sinn) so typisch deutschen - intellektuellen Titanen im Pantheon der Geschichte Deutschlands wie der ganzen Welt zu belassen - und die beiden Bronzefiguren an ihrem bisherigen oder einem vergleichbar zentralen Platz in der Hauptstadt.

Das wäre umso mehr angebracht als die künstlerische Gestaltung des Denkmals durch den DDR-Bildhauer Ludwig Engelhardt keine traditionelle Heldenverehrung ausdrückt, sondern eher zur Reflexion anregt. Und für „radikale“ (d.h. an die Wurzel gehende) gesellschaftskritische Überlegungen in der Tradition von Marx und Engels - die selber durchaus keine Dogmatiker waren - besteht in der heutigen Epoche des entfesselten Kapitalismus reichlich Anlass.

Prof. Dr. Peter Brandt □

Gar nicht freiwillig?

Mit einer Kleinen Anfrage will die SPD-Bundestagsfraktion herausfinden, ob die hohe Nachfrage nach Bundesfreiwilligendienstplätzen auf entsprechende Werbung in Jobcentern und ARGEN zurückgeht.

Klären will die SPD-Fraktion, ob der Freiwilligendienst als arbeitsmarktpolitische Maßnahme angepriesen wird und ob durch den Bundesfreiwilligendienst gar Arbeitsplätze verdrängt werden. „Für uns

steht fest: Ein Freiwilligendienst - ganz gleich ob Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr oder Bundesfreiwilligendienst - ist eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements, ein Orientierungs- und ein Bildungsdienst“, so der SPD-Abgeordnete Sönke Rix. „Ein Freiwilligendienst darf nicht verordnet werden. Genau dies kann aber durch eine allzu starke Verquickung mit arbeitsmarktpolitischen Institutionen geschehen.“

BS □

POLITIK PERSÖNLICH

Dr. Eva Högl, Berliner Bundestagsabgeordnete und Rechtspolitikerin, übernimmt für die SPD-Fraktion die Funktion der Sprecherin im neuen Bundestags Untersuchungsausschuss, der an diesem Donnerstag fraktionsübergreifend eingesetzt wurde. Der Untersuchungsausschuss soll die Taten der Zwickauer Rechtsterrorzelle ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ aufarbeiten. Darüber hinaus soll er gezielt die Fehler der Ermittlungsbehörden identifizieren und gegebenenfalls Vorschläge für eine verbesserte Behördenstruktur bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus entwickeln.

Michael Karnetzki ist am 18. Januar in der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf zum Bezirksstadtrat und stellvertretenden Bezirksbürgermeister gewählt worden. Für ihn stimmten 28 Bezirksverordnete, es gab 12 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen. Er übernimmt als Nachfolger von Barbara Loth, die als Staatssekretärin in die Senatsverwaltung für Arbeit und Integration gewechselt ist, die Zuständigkeit für das Ordnungsamt. Zuvor hatte die schwarz-grüne Mehrheit im Bezirksamt die ebenfalls bei Barbara Loth angesiedelte Zuständigkeit für das Ordnungsamt an eine grüne Stadträtin übertragen.

Angelika Schöttler (SPD), Bezirksbürgermeisterin in Tempelhof-Schöneberg, sorgt für mehr Transparenz. Das neue Bezirksamt hat die Veröffentlichung der Bezirksamtsbeschlüsse im Internet beschlossen. Ausgenommen sind Personalentscheidungen. Angelika Schöttler: „Wir treffen viele Entscheidungen, die den Alltag der Menschen im Bezirk beeinflussen. Die Bürgerinnen und Bürger können durch die Veröffentlichung jetzt endlich auch Einblick in unsere Arbeit erhalten und sich leichter über das Geschehen im Bezirk informieren.“ Die Beschlüsse im Internet: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/ba/beschluss>

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Wohnungspolitik:

Mieterhöhungen gestoppt

Stadtentwicklungssenator Müller will Mieter schützen

Die von den Berliner Wohnungsbaugesellschaften geplanten Mieterhöhungen sind vorerst gestoppt. Stadtentwicklungssenator Michael Müller will „pauschale Mieterhöhungen“ nicht zulassen und mit den Gesellschaften rasch Gespräche über eine Neuausrichtung der Mietpolitik führen.

Um die Mietentwicklung in der Stadt zu begrenzen, hatte die SPD bereits in ihrem Wahlprogramm den Neubau von 30.000 Wohnungen in dieser Legislaturperiode vorgesehen. Parallel dazu soll auch der Bestand an städtischen Wohnungen von 270.000 auf 300.000 Wohnungen aufgestockt werden.

Michael Müller will mit den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften jetzt neue Zielvereinbarungen abschließen. Bis dahin will der Stadtentwicklungssenator keine neuen Mieterhöhungen zulassen. In der Vereinbarung könnte der Senat erneut darauf verzichten, die Gesellschaften zur Abführung einer Rendite an den Finanzsenator aufzufordern. Im Gegenzug wird erwartet, dass soziale Kriterien bei der Mietgestaltung eine größere Rolle spielen. So fordert der Stadtentwicklungssenator, dass die Gesellschaften flexibler auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Mieter eingehen. Darüber will Müller jetzt gemeinsam mit Finanzsenator Ulrich Nußbaum und den Wohnungsbaugesellschaften sprechen.

Schon jetzt, so heißt es bei den sechs lan-



Überreichte Stadtentwicklungssenator Michael Müller ein Thesepapier zur Arbeit von Genossenschaften: Wolfgang Lössl vom Genossenschaftsforum e.V. Foto: Horb

deseigenen Gesellschaften, werden „weit über die Hälfte der möglichen Mieterhöhungen“ nicht ausgeschöpft, die der Mietspiegel bietet.

Bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Genossenschaftswesen in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus wies der Stadtentwicklungssenator darauf hin, dass auch die Wohnungsbaugenossenschaften eine dämpfende Wirkung bei den Mietpreisen in Berlin haben. Das Genossenschaftswesen habe eine lange Tradition in der Stadt, so Müller. Gegenwärtig sind rund 185.000 Wohnungen im Besitz von 90 Genossenschaften. Als dritter Weg zwischen Eigentum und Miete bieten sie ihren Mietern Sicherheit. **BS □**

„Komplizierte Persönlichkeit“

Festakt zum 300. Geburtstag von Friedrich II.

Als „komplizierte und widersprüchliche Persönlichkeit“ hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit den Preußenkönig Friedrich II. gewürdigt. Der „Alte Fritz“, an dessen 300. Geburtstag jetzt mit einem Festakt im Konzerthaus am Gendarmenmarkt erinnert wurde, habe wie kein anderer das 18. Jahrhundert geprägt. „Er hat als Mann der Aufklärung Maßstäbe gesetzt. Ja, er war ein Großer in unserer Geschichte, der Großes geleistet hat. Es lohnt sich auch heute noch, sich mit Friedrich II. auseinanderzusetzen“, so Wowereit.

In seiner Rede beim Festakt verwies der Regierende Bürgermeister auf die Volksnähe und das soziale Engagement Friedrichs II., er sparte aber auch die kritischen Seiten nicht aus. „Als Berliner denkt man

darin, wie sehr das Zentrum unserer Stadt Friedrichs Handschrift trägt. Ganz besonders das Ensemble rund um den heutigen Bebelplatz – das Forum Fridericianum“, so Wowereit. An die Oper, die er durch seinen Baumeister Knobelsdorff Unter den Linden errichten ließ, holte er italienische und französische Künstler und stieß damit die Fenster der bis dahin doch eher kleinen preußischen Welt weit auf.

Zwar habe sich Friedrich II. für Religionsfreiheit eingesetzt, Katholiken und Juden aber dennoch nicht volle Rechte eingeräumt. Es gelte auch, so Wowereit, einen nüchternen Blick auf die unendlich vielen Kriege zu werfen, die auf diesem Kontinent auch im 18. Jahrhundert geführt wurden. „Und ein bisschen Stolz auf unser Europa heute, das weit mehr ist als der Euro und eine Abfolge von Krisen.“ **BS □**

Kultur:

Neue Ateliers für Berliner Künstlerinnen und Künstler

Zwei Fabriketagen mit 22 Ateliers stehen in der Karl-Marx-Str. 58 in Neukölln für professionelle Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung. Am Dienstag gab es einen ersten Besichtigungstermin.

Die Räume aus dem Atelieranmietprogramm der Berliner Kulturverwaltung werden über das Atelierbüro im Kulturwerk des bbk berlin zu bezahlbaren Mieten angeboten.

Insgesamt werden 34 geförderte Ateliers und Atelierwohnungen zur Vermietung ausgeschrieben. Die Auswahl in dem Vergabeverfahren trifft ein durch den Kultursenator berufener Beirat. **BS □**

Medien:

Auflagen der Tageszeitungen sinken weiter

Im Zeitalter von Internet und Handy-Apps sinken die Druckauflagen der Tageszeitungen weiter. Stark betroffen sind auch die Regionalzeitungen.

Die bundesweit stärksten Einbußen musste das Boulevardblatt BZ hinnehmen. Sie verlor im 4. Quartal 2011 gegenüber dem Vorjahr 8,5 Prozent der Käuferinnen und Käufer, die Auflage sank um 13.640 Exemplare auf 147.176 Exemplare. Die Berliner Zeitung druckte 1617 Exemplare weniger (-1,1 %) und kommt nun auf eine Auflage von 142.090. Die Auflage der Berliner Morgenpost sank um 2554 (-2,1 %) auf 119.884 Exemplare. Der Tagesspiegel verlor 2996 Leserinnen und Leser (-2,3%) und verkauft jetzt 115.345 Zeitungen. Das Boulevardblatt Kurier hat 3566 Exemplare (-3,3%) weniger verkauft und kommt nun nach Angaben der IVW auf eine Auflage von 103.713 Exemplaren. **BS □**

Abgeordnetenhaus:

Übergangsgeld wird neu geregelt

Das Übergangsgeld für Senatorinnen und Senatoren nach der Entlassung aus dem Amt wird neu geregelt. Die Fraktionen von SPD und CDU verständigten sich darauf, dass es an die Dauer der Amtszeit angepasst werden soll.

Die Regelung, nach der Übergangsgeld für mindestens 6 Monate gezahlt wird, entfällt damit. Künftig soll gelten, dass die Dauer der Zahlung von Übergangsgeld die Dauer der Amtszeit nicht überschreiten darf. Die maximale Dauer der Zahlung bleibt weiterhin auf 2 Jahre begrenzt. Zuletzt war Justizsenator Braun (CDU) nach zwölf Tagen aus dem Amt geschieden. **PM □**

SPD-Fraktion:

Berlin hat noch große Potenziale

Abgeordnete berieten in Klausur über Ausbau der Wirtschaft und mehr gute Arbeit

Wirtschaftspolitik gehörte zu den Schwerpunkten auf der diesjährigen Klausurtagung der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. In Rostock berieten die Abgeordneten über den Ausbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und mehr gute Arbeit in Berlin.

Berlin habe sich in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt, heißt es in der zum Abschluss verabschiedeten Resolution der Fraktion. „Die Industrie und das Baugewerbe verzeichnen deutliche Umsatzsteigerungen. Die Tourismuswirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Auch das Gastgewerbe und der Handel profitieren davon. Weitere positive Impulse ergeben sich aus vielen Unternehmensgründungen, insbesondere im Bereich der Kreativwirtschaft. Allein in den ersten



Die Geschäftsführerin der Berlin Partner GmbH, Melanie Bähr, hat die SPD-Fraktion auf der Fraktionsklausur über die aktuelle Wirtschaftsförderung informiert. Foto: Stäuble

neun Monaten des vergangenen Jahres gründeten sich zusätzlich 11.200 neue Unternehmen in Berlin. Die Arbeitslosenquote hat sich von 19 Prozent in 2005 auf aktuell 12,3 Prozent verringert. Dies ist der nied-

rigste Stand seit 1996. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Erwerbstätigen erhöht.“

Wesentliche Impulse für diese positive Wirtschaftsentwicklung in Berlin seien von der SPD-Fraktion ausgegangen. Vor allem mit der Neuordnung der Wirtschaftsförderung, der Neuaufstellung der Investitionsbank und dem aktiven Flächenmanagement, habe die SPD-Fraktion die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen, so der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. In den nächsten 5 Jahren solle am Erfolgskurs der Wirtschaftspolitik festgehalten werden.

Dazu hat die SPD-Fraktion eine Reihe konkreter Vorschläge vorgelegt. So sollen die Masterpläne Qualifizierung und Industriestadt Berlin 2010 – 2020 koordiniert werden, „Berlin braucht Fachkräfte und viele arbeitslose Berlinerinnen und Berliner brauchen Arbeit“, heißt es in der Resolution. „Mit einer entsprechenden Qualifizierung können mehr Menschen an dieser positiven Entwicklung angemessen teilhaben. Qualifizierung ist ein Schlüssel für künftigen Wohlstand. Wir haben vor, die Arbeitslosigkeit in Berlin weiter abzubauen und Armut in Berlin zu reduzieren. Um auf den hohen Fachkräftebedarf der Berliner Unternehmen frühzeitig zu reagieren, werden wir gemeinsam mit den Unternehmen und den verschiedenen Bildungseinrichtungen eine Initiative zur besseren Vermittlung der Berliner Hochschulabsolventen ins Leben rufen und somit auf die in Berlin vorhandenen vielfältigen beruflichen Perspektiven hinweisen. Dafür werden wir ein Programm Berlin Arbeit entwickeln, auch um die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu stärken.“

Ziel der SPD-Fraktion ist es zudem, Berlin als einen der Top Investitionsstandorte in Europa zu positionieren und die internationale Präsenz der Wirtschaftsförderung Berlins in den Wachstumsmärkten zu erhöhen.

Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat ist in ihrem Vortrag vor der SPD-Fraktion auf die Arbeitsmarktsituation in Berlin eingegangen. Die Arbeitslosigkeit werde nicht 1 zu 1 durch die Konjunktur beeinflusst, da hierfür Zu- und Wegzüge in Berlin ebenfalls wichtig seien. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze steige nicht automatisch mit der Zahl der Arbeitsplätze. Für die Zukunft prognostizierte Kolat einen erheblichen Fachkräftebedarf in Berlin. Das neue Konzept „BerlinArbeit“ soll die Berliner Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten. „Statt an Trägerinteressen soll die öffentliche Beschäftigung mehr an den Betroffenen ausgerichtet werden.“ CS / BS □

Pankow:

Für Toleranz und Vielfalt

Ella-Kay-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement

Anlässlich ihres Neujahrsempfangs am 13. Januar hat die SPD Berlin NordOst die „[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - Für Demokratie und Vielfalt“ für ihr herausragendes Engagement mit dem Ella-Kay-Preis ausgezeichnet.

In seiner Laudatio hob der Pankower Kreisvorsitzende Alexander Götz insbesondere die Funktion der Netzwerkstelle als Anlaufpunkt und Koordinationsstelle für all diejenigen hervor, die sich für Toleranz und Vielfalt und gegen Faschismus und Rechtsextremismus einsetzen. Götz verwies dabei auf die zahlreichen Aktivitäten der Netzwerkstelle wie den Lokalen Aktionsplan Pankow, die Begleitung der überparteilichen Initiative „Wir sind Pankow. Tolerant und weltoffen“ oder die Veröffentlichung des Pankower Registers, in dem rechtsextremistische und faschistische Vorfälle und Propaganda erfasst sind. Hinzu käme die individuelle Beratung und Information von engagierten Menschen im Bezirk.

Götz betonte insbesondere die wichtige Funktion von Moskito für das ehrenamtliche Engagement gegen Rechtsextremismus: „Indem wir Moskito mit diesem Preis ehren, wollen wir deutlich machen, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für den sozialen Zusammenhalt in einem weltoffenen und toleranten Berlin ist. Es befreit die Politik nicht von ihren Aufgaben

und Verpflichtungen, aber es gibt Bereiche, in denen wir ohne dieses Engagement nicht weiterkommen. Und deshalb ist es für uns als SPD besonders wichtig, Stellen wie Moskito zu unterstützen, die solch ein Engagement durch dauerhafte Strukturen und Hilfen ermöglichen. Was immer wir tun können, um diese Arbeit zu unterstützen, werden wir tun.“

Stellvertretend für die „[moskito] Netzwerkstelle“ nahm die langjährige Mitarbeiterin Bettina Pinzl die Urkunde und den symbolischen Scheck über das Preisgeld von 300 € entgegen.

Der Ella-Kay-Preis wird jährlich vergeben und erinnert an das Engagement der sozialdemokratischen Politikerin Ella Kay. Sie war seit den 1920er Jahren in der Berliner Verwaltung und Politik aktiv. Von 1925 bis 1933 wirkte sie als Leiterin des Jugendamtes in Prenzlauer Berg. Von den Nazis wurde sie 1933 aus dem Amt entlassen, verfolgt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Sie kämpfte illegal in der Gruppe um Max Fechner. 1945 nahm sie ihre Arbeit im Jugendamt Prenzlauer Berg wieder auf. 1947 wurde sie zur Bürgermeisterin des Bezirks gewählt, jedoch bald darauf von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) abgesetzt. Von 1955 bis zu ihrem Rücktritt 1962 war Ella Kay als Senatorin für Jugend und Sport tätig. Von 1958 bis 1968 gehörte sie dem West-Berliner Abgeordnetenhaus an. PM □

Genossenschaften als Mitstreiter

Severin Höhmann: Plädoyer für den „Dritten Weg“ auf dem Berliner Wohnungsmarkt

Die Geschichte der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften reicht bis in das Ende des 19. Jahrhunderts zurück - von den ersten Projekten, die sich dem spekulativen Wohnungsbau der späten Gründerzeit entgegenstellten, über die Blütezeit des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in der Weimarer Republik bis hin zu den großen Wiederaufbauvorhaben in beiden Stadthälften Nachkriegsberlins - immer wirkten Wohnungsbaugenossenschaften als stabilisierende Akteure auf dem Berliner Wohnungsmarkt. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung jedoch verlangsamt und das, bei der Gründung der „Bremer Höhe eG“ im Jahr 2001 durch den damaligen Stadtentwicklungssenator Peter Strieder ausgerufenen, „Jahrhundert der Genossenschaften“ ist nur von kurzer Dauer gewesen.

Genossenschaften haben in Konkurrenz zu Kapitalanlegern und Investoren in Berlin kaum Chancen, Häuser oder Grundstücke zu Preisen zu erwerben, aus denen nach Sanierung oder Neubau verträgliche Mieten resultieren. Ohne jede politische Unterstützung konnten die wenigen genossenschaftlichen Projekte der vergangenen zehn Jahre nur dank der Initiative und des unermüdlichen Einsatzes einzelner Akteure realisiert werden.

Das von den Vereinten Nationen für 2012 ausgerufenen „Internationale Jahr der Genossenschaften“ sollte uns deshalb Anlass geben, den alten und neuen Wohnungsbaugenossenschaften in der Hauptstadt wieder mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Mit ihren knapp 190.000 Wohnungen zählen die ca. 90 Berliner Genossenschaften neben den städtischen Gesellschaften zu den einflussreichen und wichtigen mietpreisstabilisierenden Akteuren.

DIE GRUNDIDEE IST
AKTUELLER DENN JE

Die Grundidee des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, die im Laufe der Jahre und Jahrzehnte immer beibehalten wurde, ist dabei heute aktueller denn je: Genossenschaftlicher Wohnungsbau dient nicht dem Profit und spekulativem Gewinnstreben Einzelner, sondern der sicheren Wohnungsversorgung der Genossenschaftsmitglieder. Die Höhe der Mieten richtet sich nicht nach den Renditeerwartungen von Investoren, sondern nur nach den tatsächlichen Kosten.

Genossenschaften werden nicht fremdbestimmt, sondern sind aus ihrer Mitglied-



Severin Höhmann ist Mitglied und Bewohner der SelbstBau eG in Prenzlauer Berg, Mitglied im Abteilungsvorstand der SPD am Kollwitzplatz und kandidierte 2011 für die SPD zum Abgeordnetenhaus. Foto: privat

schaft heraus demokratisch organisiert und selbstverwaltet. Und nicht zuletzt: Wohnen und Leben in einer Genossenschaft hat immer mehr bedeutet, als nur Mieterin oder Mieter zu sein! Quartiersmanagement, Konfliktschlichtung, Mehrgenerationenwohnen, Nachbarschaftshilfe und viele andere gemeinschaftliche Aktivitäten sind originäre Merkmale genossenschaftlichen Wohnens. Damit sind Genossenschaften weit mehr als reine Wohnungsunternehmen - sie sind wichtige gestaltende Elemente eines demokratisch verfassten Gemeinwesens.

In den Diskussionen des vergangenen Wahlkampfjahres hat die Wohnungspolitik in Berlin eine zentrale Rolle gespielt. Die Berliner Sozialdemokratie hat (wenn auch spät) verstanden, dass selbst manch irrationales, manch dramatisierendes Argument in dieser Diskussion Ausdruck einer tiefen Verunsicherung von Mieterinnen und Mietern angesichts anziehender Preise auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist.

Die Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Landes, die stärkere Kontrolle der mietpreisstabilisierenden Funktion städtischer Wohnungsbaugesellschaften, die Vorgabe, energetische Sanierungen mietkostenneutral zu erreichen, sind aktuelle Anzeichen des gewachsenen politischen Verständnisses für die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor Verdrängungsprozessen in der Stadt.

Allerdings sind die eigenen Handlungsmöglichkeiten des Staates auf dem Wohnungsmarkt angesichts der Finanzlage nach wie vor begrenzt - umso wichtiger ist es für die Landespolitik, auf gleichgesinnte Mitstreiter zu setzen: Die Wohnungsbaugenossenschaften bieten sich als verlässliche Partner für einen gerechteren Wohnungsmarkt idealerweise an!

ZIELGERICHTETE
UNTERSTÜTZUNG NÖTIG

So unterschiedlich die Berliner Wohnungsbaugenossenschaften hinsichtlich ihrer geschichtlichen Entwicklung, ihrer Mitgliederstruktur und auch ihrer Finanzkraft sind, so unterschiedlich kann und muss deshalb auch eine mögliche politische Unterstützung gestaltet sein. Die erbaurechtliche Vergabe von landeseigenen Grundstücken, die Förderung energiesparender Bauweisen, direkte Zuschüsse für senioren- und behindertengerechten Wohnungsbau sowie Landesbürgschaften und zinsverbilligte Darlehen für genossenschaftliche Bauprojekte gehören ebenso dazu, wie eine umfassende Beratung und Unterstützung bei Neugründungen.

Nachdem die Berliner Landespolitik in den vergangenen Jahren fast ausschließlich auf private Eigentumsbildung (z.B. durch Baugruppen) gesetzt hat, ist der von Stadtentwicklungssenator Michael Müller nun angekündigte Richtungswechsel überfällig: Genossenschaftliches Eigentum ist angesichts eines zunehmend spekulativ- und renditeorientierten Wohnungsmarktes in der Hauptstadt heute wieder so aktuell wie zur Geburtsstunde des Genossenschaftswesens.

So eng die Sozialdemokratie in ihrer eigenen Geschichte mit dieser Idee verbunden war - so eng verbunden sollten wir auch die Zukunft des nachhaltig bezahlbaren Wohnens gemeinsam mit den Genossenschaften gestalten wollen!

Severin Höhmann □

➡ Noch bis zum 4. Februar läuft in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, die Ausstellung „Anders Bauen, Wohnen und Leben in Genossenschaften“ (Mo-Do 14-18 Uhr)

Ort der Erinnerung

Gedenken an die Opfer des KZ Columbia-Haus

Der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum erinnert an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee 1945 und wird international als Holocaustgedenktag begangen.

Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert ehrt in jedem Jahr die Opfer der NS-Gewaltherrschaft mit einer Veranstaltung an einem Erinnerungsort ihres Wahlkreises Tempelhof-Schöneberg.

Das KZ Columbia-Haus war ab 1933 Gefängnis und von 1935 bis 1936 das einzige in Berlin gelegene Konzentrationslager. Hier wurden Gegner des Nazi-Regimes gefangengehalten, gefoltert und ermordet.

In die Geschichte des KZ Columbia-Haus führt die Historikerin Dr. Irene von Götz ein. Beate Winzer, Vorsitzende, des Fördervereins für ein Gedenken an die Naziverbrechen auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V. berichtet über die Aktivitäten des Vereins. Die Schauspielerin Julia Blankenburg liest das Gedicht „Eine deutsche Mutter“ von Erich Weinert sowie Auszüge aus dem Häftlingsbericht von Berthold Jacob. Im Anschluss ist ein gemeinsamer Gang zur Kranzniederlegung am früheren Standort des KZ Columbia-Haus geplant, wo die



Rechtsradikale Parolen in Friedenau: Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert hatte am 15. Januar zur gemeinsamen Übermal-Aktion am Breslauer Platz eingeladen. Foto: Harald Dähne

Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert eine Gedenkansprache hält. **PM** □

➡ Gedenken an die Opfer des KZ Columbia-Haus mit Mechthild Rawert, MdB, am 29. Januar 2012, um 14:00 Uhr. Ort: ver.di MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin. Anmeldungen bitte an: Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994. Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Keine Räume für Neonazis

Lichtenberg: Vermieter und Bezirk gegen „Wölfe im Schafspelz“

Den „Wölfen im Schafspelz“ soll das Leben in Lichtenberg schwerer gemacht werden. Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung will Initiativen gegen die zum Teil getarnt auftretenden Rechtsradikalen im Bezirk unterstützen.

Mit Argwohn mussten die Lichtenberger in den letzten Monaten und Wochen verfolgen, dass sich Vereine unter irreführenden Namen gegründet und Räume im Bezirk gemietet haben. Zudem wurde bekannt, dass im Bezirk ein bei Neonazis beliebter Versandhandel seinen Sitz hat.

Die SPD-Fraktion hat dies jetzt mit einer mündlichen Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg zum Thema gemacht. „Wir unterstützen das zivile Engagement gegen rechtsextreme Strukturen der Gewerbetreibenden und Vermieter und möchten auch weiterhin Vermieter sensibilisieren, dass sie genauer prüfen, an wen sie ihre Räumlichkeiten vermieten“, erklärt Kevin Hönicke, fachpolitischer Sprecher für Demokratie der SPD-Fraktion. „Aus diesem Grund haben wir bereits 2008 beantragt einen Runden Tisch zur Verhinde-

rung rechtsextremistischer Handelsunternehmen zu schaffen.“ Jetzt gibt es für den Runden Tisch wieder Arbeit.

In der Lückstraße ist trotz ausgesprochener Kündigung der von bekannten Rechtsextremen gegründete Verein „Sozial engagiert in Berlin e.V.“ noch immer nicht aus den Räumlichkeiten ausgezogen. Der Vermieter vermutete ursprünglich einen unter diesem Namen tätigen sozial engagierten Verein. Nachdem bekannt wurde, dass die Mitglieder und Sympathisanten des Vereines überwiegend aus dem rechtsextremen Spektrum kommen, kündigte er umgehend den Mietvertrag. Vor kurzem wurde die Räumungsklage vor Gericht eingereicht.

Im Dezember wurden in Lichtenberg die Räume des bei Neonazis beliebten Versandhandels Reconquista von der Polizei durchsucht. Die Firma vertreibt unter anderem T-Shirts mit dem Aufdruck „Killer-Döner nach Thüringer Art“. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Der Vermieter hat die Räume bereits gekündigt. **BS** □

Fraktion vor Ort:

Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit

Die Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat bundesweit Entsetzen hervorgerufen. Die Neonazi-Zelle aus Zwickau mit ihren HelferInnen aus Ost und West steht für eine Form rechtsextremistischen Terrorismus, die in der Nachkriegsgeschichte bisher einmalig ist. Ihren blinden Hass gegen Vielfalt und Demokratie haben diese TerroristInnen in grenzenlose Gewalt umgesetzt. EinwandererInnen, PolizistInnen aber auch PolitikerInnen hatten sie im Visier.

Der Schrecken über diese Taten kann nicht überdecken, dass Ausländerhass, Antisemitismus, Islamophobie und die Ablehnung der Demokratie in unserer Gesellschaft tiefere Wurzeln geschlagen haben. Rassismus kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft, ist ein Alltagsphänomen.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich in ihrem Antrag für eine Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit dafür stark, dauerhafte Strukturen zu schaffen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen und die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern. Sie will Präventionsprogramme stärken. Auf Bundesebene soll ein Stiftungsmodell zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingerichtet werden.

In der Reihe „Fraktion vor Ort“ lädt die SPD-Bundestagsfraktion am 7. Februar zu einer Diskussion über die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Wie können wir uns für eine demokratische, tolerante und solidarische Gesellschaft einsetzen, in der Rassismus keinen Platz hat?

Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert stellt ihre Begrüßung unter das Motto „Demokratie braucht Sie, braucht Dich“. Der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix, stellt Strategien gegen Rechtsextremismus vor, Bianca Klose, Geschäftsführerin des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. berichtet über zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, mit Formen von Rassismus und seiner Bekämpfung setzt sich Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD), auseinander. **PM** □

➡ Fraktion vor Ort: Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit - Für eine solidarische Gesellschaft des Zusammenhalts. Dienstag, 07.02.2012 18:00 Uhr - 20:00 Uhr, Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus, Kleiststr. 19-21 10787 Berlin Anmeldung bitte hier: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/o,,59733,00.html#anmeld

Bundestagsfraktion

Der Zukunftsdialog läuft

Mechthild Rawert: Mit geschärftem Profil ins Jahr 2012

Auf dem Parteitag im Dezember 2011 hat die SPD grundlegende Beschlüsse in der Steuer- und Finanzpolitik, für Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie gefasst. Wir haben unser Profil als linke Volkspartei geschärft. Laut ARD-Deutschlandtrend ist die SPD mit 57 % die Glaubwürdigste von allen Parteien. Unsere Aufgabe ist es nun, das wiedergewonnene Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken - durch überzeugende Politikkangebote und den intensiven Dialog mit der ganzen Zivilgesellschaft.

„PROJEKT ZUKUNFT -
DEUTSCHLAND 2020“

Die SPD bereitet sich auf eine Regierungsverantwortung im Bund vor. Deshalb arbeiten in der SPD-Bundestagsfraktion seit einem Jahr sieben Projektgruppen in einem intensiven Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Gewerkschaften und Unternehmen, Wissenschaft und Kultur an unserem Leitbild für das Deutschland von morgen. Wir entwickeln ein neues Modell des Wohlstands, einer nachhaltigen Wirtschaft mit moderner Infrastruktur, einer Arbeitswelt, die Teilhabe, Sicherheit und Autonomie verbindet, einer gerechten Gesellschaft, mit gleichen Chancen für Frauen und Männer, für Alte und Junge, für EinwandererInnen und Hiergeborene.

Wir wollen Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen geben und die Herausforderungen meistern, vor denen unser Land steht. Die Weichen für unser Land müssen richtig gestellt werden. Deshalb entwickeln wir mit dem „Projekt Zukunft“ ein umfassendes und andauerndes Politikkonzept. Und wir möchten, dass ihr und alle politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie ExpertInnen und Organisationen dabei mitmacht!

BETEILIGUNGSPLATTFORM
„ZUKUNFTSDIALOG ONLINE“
GESTARTET

Am 13. Januar 2012 wurde daher der neue „Zukunftsdialog online“ der SPD-Bundestagsfraktion eröffnet. Die SPD ist die erste Fraktion im Bundestag, die eine solche Dialog- und Beteiligungsplattform im Internet anbietet. Bringt eure Ideen und Vorschläge zur Zukunft unseres Landes in unseren Online-Dialog ein.

Als SPD-Bundestagsfraktion werden wir



Bundestag: Die SPD-Fraktion lädt zum Zukunftsdialog.

Foto: Horb

die Beschlüsse des Parteitags in parlamentarische Initiativen umsetzen. Wir stellen den unsozialen Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung unsere sozialdemokratischen Alternativvorschläge gegenüber! Am 13. Januar fand unsere Klausursitzung statt, auf der wir die Schwerpunkte unserer parlamentarischen Arbeit für das 1. Halbjahr 2012 diskutiert und festgelegt haben. Nachfolgend einige ausgewählte Beispiele:

LEITBILD EINER NEUEN GESUNDHEITSVERSORGUNG

Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Erwerbsstatus, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen und pflegerischen Versorgung bekommen. Unser Konzept ist die solidarische Bürgerversicherung. Die Bundesregie-

Online-Dialog

Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet sich auf Regierungsverantwortung vor. In ihrem „Projekt Zukunft“ arbeitet sie an Antworten auf drängende Herausforderungen, vor denen das Land und diese Gesellschaft stehen. „Wir wollen Deutschland modernisieren. Und wir möchten, dass Sie dabei mitmachen“, heißt es im Aufruf auf der Bundestagsfraktion auf der Online-Plattform <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>. Nutzer können dort nach Registrierung mitwirken. □

rung plant - nachdem sie das vollmundig propagierte „Jahr der Pflege“ verschlafen hat - für dieses Jahr eine unsoziale Reform der Pflegeversicherung. Wir wollen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Wir legen ein Gesamtkonzept für die Pflegepolitik vor, das eine bessere Qualität der Pflege, mehr Hilfen für Pflegebedürftige und „Gute Arbeit“ für Pflegefachkräfte ermöglicht und die Pflegeinfrastruktur ausbaut. Auch die Rahmenbedingungen für die Pflegeausbildung sind zu verbessern.

AKTIONSPLAN GLEICHSTELLUNG

Im „Aktionsplan Gleichstellung“ setzt sich die SPD-Fraktion für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben und für die Herstellung der Entgeltgleichheit ein. Wir bringen einen Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit ein. Der geplanten „Flexiquote“ von Bundesministerin Schröder stellen wir unseren Gesetzentwurf für eine 40%-Quote in Aufsichtsräten und Vorständen gegenüber. Wir halten das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld für einen vollkommen falschen Ansatz. Wir wollen stattdessen das Elterngeld weiterentwickeln, um so die Partnerschaftlichkeit und die Rückkehr von Frauen ins Erwerbsleben zu unterstützen. Weiterhin steht für uns der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen im Vordergrund.

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Der Kampf für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus ist ein sehr wichtiges Politikfeld. In unserem Beschluss heißt es: „Der rechtsextremistische Terror ist ein Weckruf: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe.“

Wir wollen unser sozialdemokratisches Leitbild für das Deutschland von morgen entwickeln. Im Herbst 2012 legen wir die gemeinsam erarbeiteten Ideen und Konzepte für ein Regierungsprogramm 2013 vor.

Unser Ziel: Wir wollen 2013 die schwarz-gelbe Bundesregierung ablösen und zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen Regierungsverantwortung übernehmen!

Mechthild Rawert □

FRAKTION INTERN

Im Tandem zur Gleichstellung

Cross-Gender-Mentoring in Charlottenburg-Wilmersdorf

Gespräch in Kaulsdorf: Jetzt anmelden.

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Ralf Wieland besucht Berliner Kieze. Am 27. Februar informiert er sich im Wahlkreis des SPD-Abgeordneten Sven Kohlmeier in Kaulsdorf, kommt mit Jugendlichen ins Gespräch und informiert sich bei Gewerbetreibenden und Unternehmen. Den Abschluss der Kiez-Tour bildet ein Gespräch mit Bürgern, Vereinen und Vertretern von Unternehmen in entspannter Runde in Kaulsdorf. Dazu lädt Sven Kohlmeier drei Bürgerinnen und Bürger herzlich ein. Interessierte melden sich bis zum 18.02.2012 mit Namen und Telefonnummer beim Bürgertelefon von Sven Kohlmeier unter 65487030 oder per Email: kontakt@liebling-kaulsdorf.de. Bei mehr Anmeldungen entscheidet das Los. Interessierte, die wegen der Platzbeschränkung nicht teilnehmen können, lädt Sven Kohlmeier zu einer Besichtigung des Abgeordnetenhauses und dem Besuch einer Plenarsitzung ein.

Wachsam bei Scientology. Vor fünf Jahren hat Scientology in Berlin seine neue Zentrale eröffnet. „Das Wirtschaftsunternehmen mit religiösem Anstrich hat in Berlin nicht den Erfolg, den es sich erhofft hat“, so die Bewertung von Thomas Kleindam, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Tom Schreiber, Sprecher für Verfassungsschutz. „Der Höhenflug zu einer europaweiten Missionierung ist zu einer Bruchlandung geworden. Scientology spielt im öffentlichen Leben der Stadt keine Rolle, der Zulauf ist gering. Das ist gut und soll auch so bleiben. Wir setzen weiter auf Wachsamkeit und Aufklärung.“

Mit der Leitstelle für Sektenfragen wurde eine wichtige und erfolgreiche Einrichtung geschaffen, die Menschen berät und sensibilisiert. Sie erhält wegen ihrer Kompetenz in diesem Bereich nicht nur Anfragen aus Berlin, sondern auch aus anderen Bundesländern. Die seit dem Jahr 2008 bei der Senatsbildungsverwaltung angesiedelte Leitstelle ist per Telefon-Hotline und E-Mail erreichbar und gibt unter anderem auch Faltblätter in mehreren Sprachen heraus.

Über das Gesprächsforum zum Thema Scientology ist die Fraktion außerdem mit Verwaltungen, Unternehmen, Kirchen und anderen externen Akteuren im Gespräch. So wurde u.a. erreicht, dass Scientology an öffentlichen Informationsständen seinen Namen kenntlich machen muss und sich nicht mehr hinter den dort kostenlos angebotenen „Stresstests“ verstecken kann. Scientology verbirgt sich auch in Unterorganisationen, die beispielsweise Nachhilfeunterricht anbieten oder Drogenberatung machen. **bs** □

Die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf hat auf der ersten Kreisvorstandssitzung des Jahres 2012 einen innovativen Ansatz der Nachwuchsförderung beschlossen: Das Cross-Gender-Mentoring.

In erster Linie ist es ein Mentoring, den geläufigen Definitionen eines solchen Programms folgend. Zentrales Thema, roter Faden, dieses einjährigen Programms wird jedoch, das ist neu, der gemeinsame Einsatz von Männern und Frauen zur Umsetzung der Geschlechterdemokratie sein.

Das letzte Jahr hat in vielerlei Hinsicht gezeigt, das emanzipatorische Bestrebungen zu gesellschaftlichen Veränderung niemals nachlassen dürfen. Das betrifft nicht nur, aber auch, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.

Im Hamburger Programm ist dazu treffender Weise festgehalten: „Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebens-

bereiche umgestalten.“ Alle Lebensbereiche - das heißt eben nicht nur Familie und Beruf, sondern genauso das Innenleben der Partei.

Der Cross-Gender-Ansatz wurde entlehnt vom Cross-Cultural-Ansatz, welcher schon jetzt in Programmen z.B. an den Hochschulen durch die Zusammensetzung der jeweiligen Tandempaare eine interkulturelle Verständigung einfordert und fördert.

In Charlottenburg-Wilmersdorf werden daher in diesem Jahr die Tandems im Mentoring geschlechterparitätisch zusammengesetzt, auch männliche Nachwuchstalente setzen sich auf diese Weise mit einem der Grundziele der SPD intensiver auseinander.

In diesem Sinne werden wir beharrlich an der Umsetzung des Hamburger Programms in gesellschaftliche Wirklichkeit arbeiten. **Carolina Böhm (stellv. Kreisvorsitzende)** □

Viele neue Projekte

Jusos Berlin: Daniel Choinovski ist neuer Landessekretär

Aufgewachsen ist er in Mölln, zu den Jusos fand Daniel Choinovski während seines Studiums in Göttingen. Seit Anfang des Monats ist er nun neuer Landessekretär der Berliner Jusos - und hat gleich eine Vielzahl von Projekten zu organisieren.

Die Missstände an den Hochschulen, Studiengebühren, ein vollgepackter Lehrplan - das hat ihn politisiert. Er wurde Mitglied in der Juso-Hochschulgruppe, engagierte sich in den Gremien der Universität, wurde dann Vorsitzender der Jusos Göttingen. Seinen Bachelor-Abschluss in Politik und Volkswirtschaft hatte Daniel Choinovski im vergangenen Jahr gerade gemacht, als er die Ausschreibung für die Halbtagsstelle in Berlin fand. Die Arbeit in Berlin findet er spannend, nebenbei will er an der Fernuniversität Hagen seinen Master-Abschluss machen.

Drei große Projekte der Jusos laufen derzeit. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis rufen die Jusos dazu auf, Mitte Februar in Dresden an den Protestaktionen gegen den Nazi-Aufmarsch teilzunehmen. 60 Busplätze haben die Jusos für die Teilnahme reserviert.

Vom 24. bis 26. Februar laden die Jusos zur Verbandswerkstatt in der DGB-Jugendbildungsstätte in Flecken-Zechlin. Mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Sascha Vogt wird dort u.a. über das Thema „Die Jusos auf dem Weg zur Bundestagswahl 2013“ diskutiert.



Daniel Choinovski ist neuer Landessekretär der Berliner Jusos. Foto: Horb

Eine Gedenkstättenfahrt der Jusos nach Krakau und Auschwitz ist vom 30.03. bis 06.04.2012 geplant. Schwerpunkt der Reise wird der Besuch der Gedenkstätte und des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz sein. Die Jusos wollen sich zudem mit der Geschichte Krakaus, insbesondere dem jüdischen Leben, beschäftigen. Vor Ort wird sich die Gruppe mit einer polnischen Partner_innenorganisation über antifaschistisches Engagement und Gedenkpolitik austauschen.

Die Konzepte der Jusos für eine Reform der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung sind in einer neuen Sozialstaatsbrochure zusammengefasst. Im Landesbüro gibt es sie gedruckt. Nähere Infos gibt es bei Daniel Choinovski: Telefon: 4692 135, Mail: daniel.choinovski@spd.de. **uh** □

Solidarisches Europa

Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

„Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise“ lautet das Thema eines Mitgliederforums, zu dem die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf am 9. Februar lädt.

„Jeden Tag erreichen uns neue Nachrichten zur Eurokrise und den möglichen Reaktionen der EU. Die Regierung Merkel schließt dabei das eine heute aus und erklärt es morgen zum krisenbewältigenden Instrument. Eine Strategie ist nicht zu erkennen, Politik agiert nicht, sondern reagiert nur noch auf die Ansagen der Finanzmärkte mittels Ratingagenturen“, umreißt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf die aktuelle Situation. „Währenddessen hat sich mit der Occupy-Bewegung eine neue außerparlamentarische Opposition gegen die Folgen eines zügellosen Finanzkapitalismus gebildet, da das Vertrauen in die Politik bei vielen erschüttert ist. Auf ihrem Bundesparteitag im Dezember hat die SPD sich klar zu Europa bekannt – zu einem Europa der Solidarität und der demokrati-

schon Entscheidungen durch den Ausbau der Kompetenzen zum Beispiel des Europäischen Parlaments. Über mögliche Wege aus der Eurokrise und die Stärkung des politischen Europas wollen wir auf dem Mitgliederforum diskutieren.“

Es diskutieren die Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt, die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages Petra Merkel und Dr. Daniela Schwarzer, Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe EU Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik. **BS** □

➔ Warum wir ein politisches und solidarisches Europa im Kampf gegen die Finanzkrise brauchen. Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Donnerstag, 9. Februar 2012, 19 Uhr, im BVV-Saal des Rathauses Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin. Um Anmeldung wird bis 6. Februar gebeten bei: isabel.herrmann@spd.de | Tel. 030/86 31 38 75 | Fax 030/86 3 38 76

➔ www.spd-citywest.de



SPD Friedenau lädt zum Ball

Unter dem Motto „Alles Walzer, Genossen!“ lädt die SPD Friedenau am 17. März wieder zu ihrem inzwischen traditionellen Ball.

Der Friedenauball beginnt um 20:00 Uhr im Schlesiensaal des Rathauses Friedenau. Die Karten können ab sofort zum Preis von 28 € bei Christine Poppelreuther (tinpopelreuther@yahoo.de) oder bei Rekha Ober (rekha.ober@gmx.net) vorbestellt werden. Auch über das Kreisbüro sind Kartenbestellungen möglich: Telefon 7812283. **BS** □

➔ Samstag, 17. März 2012, Einlass: 19 Uhr, Beginn: 20 Uhr, Rathaus Friedenau, Breslauer Platz.

Parteiwahlen haben begonnen

In den Arbeitsgemeinschaften und Abteilungen haben die Parteiwahlen begonnen. Der neue Landesvorstand wird am 9. Juni auf einem Landesparteitag im Palais am Funkturm gewählt.

Für die Wahlen in Abteilungen und Kreis-Arbeitsgemeinschaften ist der Zeitraum bis zum 9. März vorgesehen, bis Ende April haben die Kreise und Landesarbeitsgemeinschaften ihre Vorstände neu ge-

wählt. Handreichungen zu den Wahlen für die Abteilungen und Kreise mit Protokollvordruck und Mustertagesordnungen gibt es im Internet unter www.spd-berlin.de/parteiwahlen. Dort sind auch Musterstimmzettel und die überarbeiteten Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften hinterlegt. Antragsschluss für den Landesparteitag im Juni ist am Montag, d. 7. Mai.

BS □

Digitales Leben und Netzpolitik für Berlin

Forum Netzpolitik verabschiedete ein Grundsatzprogramm und wählte Sprecher

Das Berliner Forum Netzpolitik hat auf seiner letzten Sitzung sein netzpolitisches Grundsatzprogramm „Digitales Leben und Netzpolitik für Berlin: 10 Vorschläge für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm“ verabschiedet. Das Grundsatzprogramm soll auch im Juni zum Landesparteitag der Berliner SPD als Antrag eingebracht werden.

Einer der Schwerpunkte des Antrages liegt auf der Weiterentwicklung der bisherigen Open Data Strategie für Berlin. So fordert der Antrag: „Die Open Data Initiative der auslaufenden Legislaturperiode muss fortgeführt und die erfolgreiche Arbeit des Senats unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbesondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz besonders

um proaktive Elemente erweitert werden.“ Ein weiterer Fokus des Antrages liegt auf der verbesserten Übermittlung von Medienkompetenz an Schulen. Das Forum Netzpolitik sieht das Thema Medienpädagogik als Querschnittsthema und nicht als zusätzliches Fach in den Schulen. Das Forum empfiehlt in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines runden Tisches um ein „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ zu entwickeln.

Das Berliner Forum Netzpolitik sieht auch den Ausbau der Infrastruktur als eine wichtige Aufgabe für die Zukunft an. Innerhalb der nächsten fünf Jahren soll so auch der Aufbau eines kostenlosen WLAN-Netzes vorangetrieben werden. Das Forum sieht den Zugang zum Internet als Bürgerrecht an.

Zudem setzten sich die Berliner für einen verbesserten Datenschutz ein, sprechen sich klar gegen eine Vorratsdatenspeicherung aus, wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk modernisieren, Netzneutralität gesetzlich sichern und das Thema Netzpolitik auch organisatorisch innerhalb der Berliner SPD besser verankern.

Yannick Haan □

➔ Das Forum Netzpolitik hat Mitte Januar einen neuen Vorstand gewählt. Sprecher (Geschäftsführender Vorstand) sind Yannick Haan, Ute Pannen und Jonas Westphal, Beisitzer: Jens Best und Maritta Strasser

➔ Das nächste Treffen findet am 14. Februar um 19 Uhr statt. Der genaue Ort wird im Internet unter <http://spd-netzpolitik.de/berlin> veröffentlicht.

Verkehrspolitik:

Lehren aus dem Desaster ziehen

Wo bleibt die nachhaltige Lösung für die Berliner S-Bahn?

Betr.: Artikel „Bahn nicht käuflich“ in der Berliner Stimme 1-2012 vom 14. Januar 2012

Zwei Jahre ist es her, da beschloss die Abgeordnetenhausfraktion in ihrer Klausurtagung in Eisenach: „Sollte die Deutsche Bahn nicht in der Lage sein, ihr S-Bahn-Desaster nachhaltig zu lösen, halten wir eine Übernahme der S-Bahn durch das Land Berlin für erforderlich.“

Allerdings auch damals hätte man schon wissen können, dass die S-Bahn in anderen Städten regelmäßig pünktlich, sauber und sicher verkehrt. Und zwar ohne, dass zuvor die S-Bahn durch Kommune oder Land übernommen worden wäre. Und auch, dass die notwendigen Investitionen zu tätigen, egal durch wen, eines erheblichen zeitlichen Vorlaufs bedarf. Und schließlich auch, dass die Deutsche Bahn AG, zu der die S-Bahn Berlin gehört, überhaupt kein Interesse an der Übernahme der S-Bahn durch das Land Berlin hat.

Im Wahlprogramm 2011 hieß es dann nur noch lapidar: „Eine (Teil-)Ausschreibung der Berliner S-Bahn lehnen wir ab.“

Und dies obgleich schon damals hinlänglich bekannt war, dass der Bundesgerichtshof (BGH) längst klargestellt hatte, dass Di-



S-Bahn Berlin: Ungelöstes Desaster. Foto: Horb

rektvergaben aufgrund des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ausgeschlossen sind. Es sei denn, die bisher durch die S-Bahn Berlin GmbH erbrachten Verkehrsleistungen werden durch das Land Berlin selbst oder einen Eigenbetrieb übernommen. Denn dies würde keine Auftragsvergabe darstellen und verstieße mithin nicht gegen das GWB. Allerdings wären hierfür erhebliche Haushaltsmittel einzustellen. Von einer Übernahme durch das Land Berlin war im Wahlprogramm jedoch keine Rede mehr.

Der Koalitionsvertrag mit der CDU schließlich sieht inzwischen eine Teilausschreibung vor, wenn die Deutsche Bahn AG nicht mit der Übernahme der S-Bahn GmbH durch das Land Berlin einverstanden ist.

Dass die Deutsche Bahn AG aber (auch weiterhin) nicht mit der Übernahme der S-Bahn GmbH durch das Land Berlin einverstanden ist, hat sie dem Senat, wie der Regierende Bürgermeister in seiner Regierungserklärung am 12. Januar 2012 im Abgeordnetenhaus erklärt hat, nunmehr auch schriftlich mitgeteilt.

Und was ist in den letzten zwei Jahren seit der Klausurtagung der Abgeordnetenhausfraktion in Eisenach tatsächlich passiert? War die Deutsche Bahn inzwischen in der Lage, ihr S-Bahn-Desaster nachhaltig zu lösen? Nun, wer die S-Bahn nutzt, fährt weiterhin teils in überhitzten oder gar nicht geheizten aber überfüllten und unpünktlichen Zügen. Kann dafür aber seinen Kindern anschaulich erklären, wie die S-Bahn-Baureihen zu DDR-Zeiten aussahen. Sieht so eine nachhaltige Lösung des S-Bahn-Desasters durch die Deutsche Bahn aus? Wohl kaum! Aber durch die Politik?

Marc Oliver Ram, Treptow-Köpenick □

AG 60plus lädt zum Jahresempfang

Die AG 60 plus setzt auch im Jahr 2012 ihre Tradition fort, in den ersten Wochen des neuen Jahres zu einem Treffen für das soziale Berlin einzuladen. Erwartet werden Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Organisationen und Verbänden in Berlin sowie von Projekten der Seniorenarbeit und -pflege.

Unter dem Motto „Arbeit, Zusammenhalt und Bildung – Solidarische Gesellschaft“ findet der Jahresempfang am 10. Februar zwischen 14.00 und 17.30 Uhr wieder im Kreuzberger Nachbarschaftshaus in der Urbanstraße 21, 10961 Berlin, statt.

In entspannter Atmosphäre besteht die Möglichkeit des Kennenlernens, der Kontaktaufnahme und des Meinungsaustauschs. **BS** □

➡ Nachbarschaftshaus Urbanstr. 21, Fahrverbindung: Bus 140 bis Urbanstr. / Baerwaldstraße oder Bus M 41 ab Herrmannplatz oder Hallesches Tor, U7 bis Bhf. Südsterne, von dort kurzer Fußweg über die Fontanepromenade

Bildung:

Keine Zeit zu verlieren

SPD-Bundestagsfraktion fordert Grundgesetzänderung

Die SPD will ermöglichen, dass Bund und Länder für die Bildung zusammenarbeiten dürfen. Die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes ist nur mit breiter Zustimmung in Bundestag und Bundesrat möglich.

Wir haben darum in dieser Woche einen neuen Vorschlag in den Bundestag eingebracht, der auch von den SPD-Vertretern in den Bundesländern unterstützt wird. Konkret schlagen wir einen neuen Grundgesetzartikel 104c vor, der dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung ermöglicht. Grundlage müssen Vereinbarungen des Bundes mit allen Ländern sein, wodurch eine Einschränkung der Bildungshöhe oder eine Ungleichbehandlung der Länder verhindert wird.

Wir setzen darauf, dass dieser Vorschlag von den anderen Fraktionen konstruktiv aufgenommen und zügig diskutiert wird. Wir wollen ganz ausdrücklich noch in dieser Legislaturperiode erreichen, dass Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik ermöglicht wird, damit



Swen Schulz, MdB.

Foto: SPD Berlin/Urban

zum Beispiel ein neues Ganztagsschulprogramm und eine bessere Unterstützung von Schülerinnen und Schülern vereinbart werden. Und das ist so dringend nötig. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!

Darum fordern wir insbesondere die CDU/CSU auf, endlich mitzumachen bei der Änderung des Grundgesetzes. Wenn die CDU/CSU einen anderen Vorschlag macht, um den Schülerinnen und Schülern zu helfen, diskutieren wir sehr gerne darüber. Aber es muss endlich mehr kommen als nur wohlfeile Sonntagsreden der Bundesministerin. **Swen Schulz** □

Integration:

Gemeinschaftsaufgabe

20. Februar: Buchvorstellung mit Klaus Wowereit

Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt am 20. Februar 2012 das Buch „Mut zur Integration“ von Klaus Wowereit vor. Anhand des Buches sollen die Aufgaben und Herausforderungen der Integrationspolitik in Berlin mit dem Regierenden Bürgermeister diskutiert werden.

Integration: Bildung, Arbeit, integrierte Gesellschaft, Teilhabe - Klaus Wowereit hat mit seinem Buch „Mut zur Integration. Für ein neues Miteinander“ ein wichtiges Buch für Berlin vorgelegt: Integration sieht er als Gemeinschaftsaufgabe für alle, der wir uns mit Mut und Entschlossenheit widmen sollen, weil sie über die Zukunft unseres Zusammenlebens entscheidet. Der Autor fordert uns auf, Vielfalt als Chance zu erkennen. Die Differenzierung „Wir und die Anderen“ sei aufzuheben, die Menschen sollten respektvoll so anerkannt werden, wie sie sind. Denn: Wir sind nicht nur eine Stadt, wir sind ein Volk!

Der Regierende Bürgermeister bekennt sich zu dem Thema, er macht deutlich, dass Integration ein Kernthema für Berlin ist, und formuliert: „Eine gute Gesellschaft ist eine, die Angst durch Vertrauen ersetzt!“ Wie Integration gelingt, wie Teilhabe insbesondere bei Bildung und Arbeit ermöglicht wird, darüber wollen wir mit ihm und



Klaus Wowereit mit seinem Buch „Mut zur Integration“. Foto: Horb

anderen diskutieren. „Berlin ist hier auf dem richtigen Weg und in vielen Bereichen ein Vorbild“, so der Regierende Bürgermeister. **PM □**

➔ Diskussion mit Klaus Wowereit am 20. Februar 2012 ab 19 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin in der Hiroshimastr. 17. Moderation: Shelly Kupferberg. Anmeldungen erbeten unter <http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=160896>

Lesung:

Heimkehr in ein kaltes Land

Vierzehn Jahre hatte die Schriftstellerin Anna Seghers im Exil verbracht. Im Frühjahr 1947 kehrte sie nach Berlin zurück, eine Unbekannte, von deren Welterfolg Das siebte Kreuz hier niemand wusste.

Sie kam nicht nur in ein zerstörtes Land, sie kam, wie sie fand, auch in ein fremdes Land. Und sie war ganz allein, der Mann noch in Mexico City, die beiden Kinder in Paris. Sie fühle sich, schrieb sie an Freunde in aller Welt, wie in die Eiszeit geraten, so kalt und versteinert komme ihr alles vor.

Wie Anna Seghers Berlin erlebte, welche Erwartungen und Hoffnungen sie hatte, welche Erfahrungen sie machte, das hat die Literaturwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Anna-Seghers-Gedenkstätte in Berlin-Adlershof Monika Melchert in ihrem Buch beschrieben. **PM □**

➔ Sonnabend, 28. Januar 2012, 10:30 Uhr, Lesung mit Monika Melchert, „Heimkehr in ein kaltes Land: Anna Seghers in Berlin 1947 bis 1952“, Kulturzentrum Ratz-Fatz, Schnellerstr. 81, 12439 Berlin, Eintritt: 5 Euro/ ermäßigt 3 Euro

➔ Monika Melchert, „Heimkehr in ein kaltes Land“, 172 Seiten, Verlag: Verlag für Berlin-Brandenburg; November 2011, ISBN-10: 3942476177

Die Botschaft von Anne Frank

Wolfgang Thierse eröffnete Ausstellung im Bundestag

Im Deutschen Bundestag ist eine neue Anne-Frank-Ausstellung eröffnet worden. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus der Rede von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.

Sechseinhalb Jahrzehnte nach Kriegsende stecken wir in einem Generationenwechsel, in der Zeit des Übergangs von der Erinnerung an Erlebtes zur Verständigung über Mitgeteiltes. Unsere Kultur der Erinnerung befindet sich in einem Wandel und auf diesen Wandel muss die politische Bildungsarbeit, müssen Ausstellungsmacher reagieren.

Historische Aufklärung soll und kann politisches Bewusstsein schaffen und das Geschehene in Erinnerung rufen. Dass sie auch zur Trauer um die Toten, zu Empathie mit den Opfern führt, dessen können wir uns nicht mehr so sicher sein. Gerade auch in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen darf nicht versäumt werden,

das Entsetzliche so zu vermitteln, dass es auch mit dem Herzen erfahren und begriffen wird. Das Schicksal der nach Hitlers Machtergreifung nach Amsterdam emigrierten Familie Frank, das im Tagebuch der Anne Frank so eindringlich dokumentiert ist, macht genau dies möglich. Diese Geschichte lässt niemanden unberührt.

Anne Frank bekam ihr Tagebuch zu ihrem 13. Geburtstag geschenkt, am 12. Juni 1942, vor fast 70 Jahren. Wenige Tage später notierte sie: „Es ist für jemanden wie mich ein eigenartiges Gefühl, Tagebuch zu schreiben. Nicht nur, dass ich noch nie geschrieben habe, sondern ich denke auch, dass sich später keiner, weder ich noch ein anderer, für die Herzergüsse eines dreizehnjährigen Schulmädchens interessieren wird.“ Anne Frank sollte nicht recht behalten. Ihr Tagebuch ist heute das meistgelesene Buch über den 2. Weltkrieg weltweit. Die kurze, tragische Lebensgeschichte der Anne Frank ist auf exemplarische Weise verschränkt mit dem finstersten Kapitel der

europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Ich bin froh und dankbar, dass das Anne-Frank-Haus in Amsterdam und das Anne-Frank-Zentrum Berlin in bewährter Kooperation eine neue Wanderausstellung über das Leben von Anne Frank erarbeitet haben. Diese Ausstellung vermittelt historisches Wissen und stellt zugleich Beziehungen her zur Gegenwart. Sie regt an, über das Verhältnis von Opfer und Täter, von Zuschauer und Helfer, von Gruppenzugehörigkeit und Ausgrenzung nachzudenken. Und sie stellt die Frage: Was kann der Einzelne gesellschaftlich tun oder unterlassen?

Dass wir unser gesellschaftliches Engagement eher verstärken, denn abbauen müssen, wissen wir nicht erst seit Aufdeckung der rechtsextremistisch motivierten Schandtaten der sog. Zwickauer Terrorzelle. Besser als je zuvor wissen wir aber, dass der Kampf gegen rechtsextremistische Strömungen nicht allein den professionell Zuständigen, den staatlichen Institutionen, überlassen bleiben darf. Er ist Aufgabe aller Demokraten, Aufgabe der Zivilgesellschaft insgesamt. **□**

Zeitgeschichte:

Der Weg zu Freiheit und Demokratie

Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (Teil 4)

Mitte 1948 erkrankte Oberbürgermeisterin Louise Schroeder schwer, Ferdinand Friedensburg (CDU), der mit dem im Hintergrund tätigen Ernst Reuter jedoch nicht immer einer Meinung war, übernahm die Amtsgeschäfte. Zur gleichen Zeit vollzog sich in Berlin die politische Spaltung der Stadt. Die Blockade Westberlins, die Debatten um eine Währungsreform und die Frage, welche Währung künftig in Berlin gelten sollte, ließen auch in der Stadtverordnetenversammlung die letzten Reste einer politischen Zusammenarbeit schwinden.

Heftige Auseinandersetzungen zwischen der SPD, CDU und LDP auf der einen Seite und der SED auf der anderen Seite waren die Folge. Die SED-Fraktion fand dabei ab Ende Juni 1948 Unterstützung durch sorgfältig ausgewählte Demonstranten, die in das Stadtparlament eindringen und die Abgeordneten unter Druck setzten. Am 23. Juni 1948 war ein erster Höhepunkt, später als „schwarzer Tag“ des frei gewählten Stadtparlaments beschrieben. Die Stadtverordnetenversammlung sollte sich mit den unterschiedlichen Beschlüssen der Alliierten zu den in Berlin geltenden Währungen befassen. Am Nachmittag drangen Hunderte von Demonstranten in das Neue Stadthaus ein und verhinderten zunächst eine Beschlussfassung. Sie forderten eine einzige Währung für Berlin. Erst nachdem ein SED-Abgeordneter sie zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert hatte, konnte die Versammlung weiter tagen.

TUMULTE IM NEUEN STADTHAUS

Die Versammlung beschloss gegen die Stimmen der SED eine Resolution, mit der „die Gültigkeit der beiden neu eingeführten Währungen für ganz Berlin, um seine wirtschaftliche Einheit zu sichern“, gefordert wurde. Danach kam es erneut zu Tumulten und beschämenden Szenen. Abgeordnete wurden beim Verlassen des Stadthauses beschimpft und tätlich angegriffen. Unter den misshandelten Stadtverordneten war auch Jeannette Wolff, die sechs Jahre KZ überlebt hatte. Sie sprach unter großem Beifall auf einer von Zehntausenden besuchten Protestveranstaltung vor dem Reichstag und gab eine bemerkenswerte Prognose zu den bevorstehenden Wahlen am 5. Dezember 1948 ab, die freilich nur noch in den drei Westsektoren stattfinden durften. Sie sagte: „Berliner und Berlinerinnen, Ihr habt die Antwort auf den gestrigen Terror gegeben. Ihr lasst

Euch nicht unterkriegen, ebenso wenig wie ich mich unterkriegen lasse (Beifall). Gestern wurde mir ins Gedächtnis zurückgerufen, das, was ich unter der SS in den KZs gelitten und gesehen habe (Pfui). [...] Die politische Kalkulation war falsch. Die SED hat einen Bumerang in den Händen gehabt. Diese Waffe ist zurückgeschlagen. Ich habe ein paar blaue Flecken abbekommen, das hindert mich nicht, heute hier bei Euch zu sein (Beifall). Aber jene, die den Mob in ihre Dienste gestellt haben, haben das letzte Prestige in der Berliner Bevölkerung verloren (Beifall). [...] Und bei der nächsten Wahl werden wir ihnen die Quittung geben, die sie verdienen. Sie werden mit einem noch viel kleineren Häuflein einziehen in das Stadtverordnetenkollegium (Jubel).“ Jeannette Wolff konnte noch nicht wissen, dass die SED die direkte Konfrontation scheute und sich an der Wahl am 5. Dezember 1948 nicht beteiligte.

Die Störungen der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wiederholten sich in immer kürzeren Abständen. Im August hinderten Demonstranten mehrfach die gewählten Stadtverordneten, das Stadthaus zu betreten. An reguläre Sitzungen war kaum noch zu denken. Da die Demonstrationen nicht ohne Einverständnis der sowjetischen Besatzungsmacht möglich waren, war deutlich geworden, dass die Sowjetunion nicht mehr gewillt war, in ihrem Sektor Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu dulden. Der Plan der Verlegung der Sitzungen in einen anderen Sektor entstand und wurde nach einer erneuten Störung am 6. September 1948 in die Tat umgesetzt. Der Vorsitzende Otto Suhr berief für den Abend des gleichen Tages die Stadtverordneten in das Studentenhäus am Steinplatz im britischen Sektor zusammen. Noch sollte das nur vorübergehend sein, die Magistratsdienststellen in Ostberlin sollten nicht zu schnell geräumt werden, aber die im Oktober 1946 gewählten Stadtverordneten sollten nie wieder im Ostsektor tagen.

DIE SPALTUNG DER BERLINER VERWALTUNG

Die Spaltung der Stadt hatte sich schon lange abgezeichnet, mit der Spaltung der Verwaltung von Groß-Berlin erfolgte ein weiterer Schritt. Sie vollendete sich Ende November 1948. Am 30. November 1948 versammelten sich in der Berliner Staatsoper im Admiralspalast 1 616 Frauen und Männer, die sich zu einer „außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung“ er-

klärten. Im Berliner Rundfunk waren am gleichen Tag unverhüllte Drohungen gegen den alten Magistrat und gegen die alte Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen worden: „Wenn man Ihnen nachher den Strom abschaltet, wenn Ihre Gasration gerade noch reicht, um den Muckefuck aufzubrühen, wenn es kalt ist in Ihrer Wohnung, denken Sie daran, wem Sie es verdanken. Suhr und Friedensburg frieren nicht - sie haben vorgestern aus einem Sonderkontingent General Clays je zwei Tonnen Kohle bekommen. Die uns zum Frieren aufrufen, haben es warm. Auch ihnen antwortet Berlin heute Mittag. Um 12 schließen die Betriebe. Anschließend antwortet Berlin den Feinden Berlins Unter den Linden. Wir haben lange genug zugehört. Sehen wir nicht mehr länger zu.“

Dieser Versammlung gehörten von der im Oktober 1946 gewählten Gesamtberliner Stadtverordnetenversammlung nur die 23 Mitglieder der SED-Fraktion an. Die übrigen rund 1 600 Teilnehmer waren neben den SED-Bezirksverordneten aus allen Berliner Bezirken abgeordnete Vertreter des FDGB, des SED-gesteuerten Frauenverbands DFD und des Kulturbunds, der FDJ und der VVN und weiterer sogenannter Massenorganisationen.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke verkündete die Marschrichtung: „Jedem Berliner Einwohner ist bekannt, daß die gegenwärtige städtische Selbstverwaltung sich als unfähig erwies, ihre Pflichten der Bevölkerung gegenüber zu erfüllen, sich zu ihren Wahlversprechungen verantwortungslos verhielt und, statt sich um die täglichen Bedürfnisse der Berliner zu kümmern, ihre ganze Tätigkeit den eigensüchtigen Propagandazwecken und politischen Intrigen unterordnete.“ Danach verlas er einen Antrag des „Demokratischen Blocks“: „1. Die Mehrheit des infolge der Wahlen vom 20. Oktober 1946 eingesetzten Magistrats hat durch Mißsachtung elementarster Lebensinteressen Berlins und seiner Bevölkerung und ständige Verletzung der Verfassung die ihr obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Der Magistrat wird deshalb abgesetzt (Beifall). 2. Zur Sicherung der einheitlichen Verwaltung und Versorgung und zur Vorbereitung allgemeiner demokratischer Wahlen in ganz Berlin wird ein provisorischer demokratischer Magistrat gebildet.“

Die Abstimmung über den Antrag war nur noch eine Formsache. Die Versammlung setzte den gewählten Magistrat ab und wählte Friedrich Ebert (SED), Sohn des

weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik und seit 1946 Präsident des Brandenburgischen Landtags, zum Oberbürgermeister. Friedrich Ebert verkündete: „Wir haben heute in einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung dem Treiben der Spalter Berlins und Deutschlands ein Ende gemacht (Zustimmung)[...] Mit der heute erfolgten Wahl des neuen Magistrats ist der drohende Verfall der einheitlichen Verwaltung in Berlin verhindert [...] worden“. Zugleich dekretierte er: „Durch die Wahl des neuen Magistrats für Groß-Berlin sind die für den kommenden Sonntag vorgesehenen rechtswidrigen Spalterwahlen völlig gegenstandslos geworden.“ Das Pathos seiner Rede verdeckte, wie sehr er nur eine Figur in einem Szenario war, das seit Mitte November 1948 entworfen und konsequent in die Tat umgesetzt worden war.

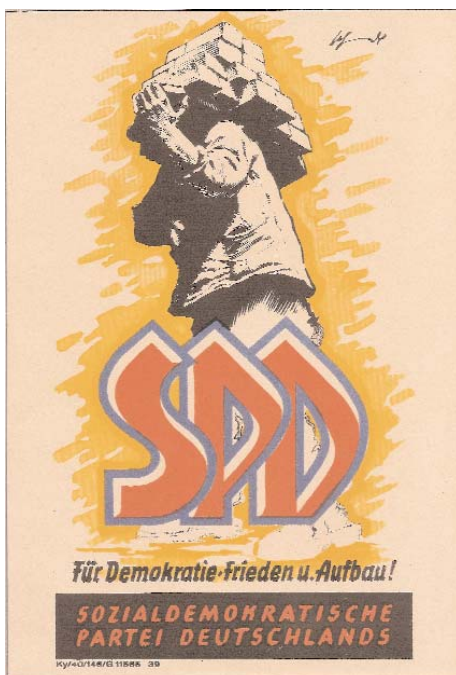
DREHBUCH FÜR DIE SED-FÜHRUNG

Am 11. November 1948 bereits teilte der politische Berater der sowjetischen Besatzungsmacht Semjonow der SED-Führung mit, wie sich die Sowjetunion dieses Szenario gedacht hatte. Es heißt in der von Wilhelm Pieck sorgsam notierten Mitteilung: „1. Keine Wahlen im sowj. Sektor im Dezember 2. SED u. Block soll Bevölkerung in Westsektoren auffordern, nicht an den Wahlen am 5. Dez. teilzunehmen, durch die die antidemokratischen u. offen reaktionären Elemente die Spaltung Berlins durchführen wollen. [...] II. Ende Nov. soll Gesche als stellv. Stadtverordnetenvorsteher gemeins. Versammlung - Stadtverordnete, Bezirksverordnete, Parteien und nahestehende Org. aus ganz Berlin einberufen - gut vorbereiten, damit Mehrheit [...] Beschluß - Absetzung der reakt. Magistratsmehrheit u. Einsetzung provis. Gesamtmagistrats [...] Wahlen vom 5. Dez. sind nicht verfassungsmäßig u. spalterisch - Resultat für ungültig erklären [...]“

Getreu diesem Szenario bildete Ebert einen „provisorischen Magistrat“, der nur aus Vertretern des sogenannten Demokratischen Blocks bestand. Die Sowjetische Militäradministration erklärte dieses Provisorium sofort zur „einzig rechtmäßigen Stadtverwaltung“.

DER „OPERNMAGISTRAT“ VON FRIEDRICH EBERT

Aus den Westsektoren dagegen hieß es, Friedrich Ebert leite einen „Opernmagistrat“, hervorgegangen aus einem „Opernputsch“. Am 1. Dezember 1948, nur wenige Tage vor der Wahl zu einer neuen Stadtverordnetenversammlung, beschloss die im Jahre 1946 gewählte erste Stadtverordne-



SPD-Plakat der Nachkriegsjahre.

Foto: BS/Sammlung Jürgen Wagner

tenversammlung auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und LDP einstimmig einen Antrag mit folgendem Wortlaut: „Nach dem Putsch am 30.11.1948 hat sich unter dem Schutze einer Besatzungsmacht eine Interessentengruppe unter Führung des Kommunisten Friedrich Ebert im Ostsektor Amtshandlungen im Widerspruch zur Verfassung angemaßt. Diese Interessentengruppe hat nicht das Recht, die allein dem verfassungsmäßig gewählten Magistrat zustehenden Aufgaben zu übernehmen, die Bezirksämter zu überwachen und die Dienstaufsicht über die Bezirksämter zu führen. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher, daß die gewählten Mitglieder der Bezirksämter im Ostsektor ihr Mandat niederlegen und die Bezirksverordneten ihr Mandat ruhen lassen, um sich nicht als Werkzeug der Putschisten mißbrauchen zu lassen. [...]“. Rechtmäßig sei nur der in Westberlin tagende Magistrat.

ERNST REUTER ZUM OBERBÜRGERMEISTER GEWÄHLT

Nur wenige Tage später, die am 5. Dezember 1948 neu gewählte Stadtverordnetenversammlung hatte sich noch nicht konstituiert, wählte die alte Stadtverordnetenversammlung Ernst Reuter einstimmig zum Oberbürgermeister, der nun einem Magistrat ohne SED-Mitglieder vorstand. Louise Schroeder hatte zwar in dieser schwierigen Zeit als amtierende Oberbürgermeisterin oft bewiesen, dass sie nicht nur Statthalterin Reuters war. Nun aber sollte, wie es in dem Dringlichkeitsantrag

der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hieß, der 1947 bereits einmal gewählte Oberbürgermeister „sein Mandat im Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung“ endlich ausüben können. Der Anspruch der Stadtverordneten, für ganz Berlin zu sprechen, war nicht zu überhören.

Fest stand jedoch, der eine Magistrat verwaltete nur noch die drei Westsektoren und der andere Magistrat nur noch den Ostsektor von Berlin. Es gab nun bis 1990 zwei Stadtverwaltungen in Berlin. Die Spaltung der Stadt - sie hatte sich seit Langem angekündigt - war mit der Wahl von zwei Oberbürgermeistern, der eine - Ernst Reuter - für Westberlin, der andere - Friedrich Ebert - für Ostberlin zuständig, endgültig Realität geworden. Das Wort „Wahl“ ist freilich in Bezug auf den Ostberliner Oberbürgermeister in Anführungszeichen zu setzen.

TREUEID DER MITARBEITER GEFORDERT

Nach der Bildung eines Ostberliner Magistrats unter Friedrich Ebert als Oberbürgermeister verlangte der neue Magistrat eine Loyalitätserklärung der noch verbliebenen Verwaltungsangestellten. Trotz des drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes verweigerte eine überraschend große Zahl von rund 700 Angestellten den „Treueid“. Aus den acht Ostberliner Bezirksämtern kamen noch einmal fast 2 000 Angestellte und Arbeiter hinzu. Sie wurden alle entlassen. Es waren in der Mehrzahl Sozialdemokraten. Sie wurden bevorzugt in der Verwaltung der drei Westsektoren beschäftigt, bekennende Mitglieder der SED wurden dagegen in den Westsektoren entlassen und fanden in Ostberlin einen Arbeitsplatz.

Die bis zum Herbst 1948 immer noch einheitliche Verwaltung Berlins war nun zweigeteilt. Für die sowjetischen Maßnahmen, die ab Sommer 1948 die Spaltung der Verwaltung zum Ziel hatten, fand der spätere Regierende Bürgermeister Willy Brandt schon damals ein Bild, das er in den Fünfzigerjahren mehrfach gebrauchte und auch nach dem „Chruschtschow-Ultimatum“ im November 1958 wieder aufgreifen sollte. Der Ostsektor solle, schrieb Willy Brandt im November 1948 in einem Zeitungsartikel, offenbar „noch fester als bisher in die russische Zone“ einbezogen werden, und „es werde nunmehr zwischen der einen Million Berliner des Ostsektors und den gut zwei Millionen der Westsektoren eine chinesische Mauer errichtet“. □

Fortsetzung nächste Ausgabe

Der Beitrag ist in erweiterter Form erschienen als Einleitung zu dem von Werner Breunig und Andreas Herbst verfassten „Biographischen Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946 - 1963“, Landesarchiv Berlin 2011.



Traditionell gedachte die Fraktion der SPD in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf am Gedenkstein vor dem Haus Mannheimer Straße 27 der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Neben weiteren Genossinnen und Genossen nahm auch Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann teil. Der Gedenkstein wurde auf Grund einer Initiative der SPD-Fraktion der BVV Wilmersdorf am 15.1.1990 enthüllt. Da der Hauseigentümer eine Gedenktafel am Haus verweigerte entschied man sich für eine Bodenplatte im Gehweg. Die SPD Friedenau hatte am 15. Januar zu einer Gedenkveranstaltung in die Cranachstraße geladen.

Foto: Manfred Lehmann

Trauer um Jürgen Raschert

Seit 1976 wirkte Prof.Dr.Jürgen Raschert (24.11.37 - 8.1.2012) als Ordentlicher Professor an der Freien Universität.

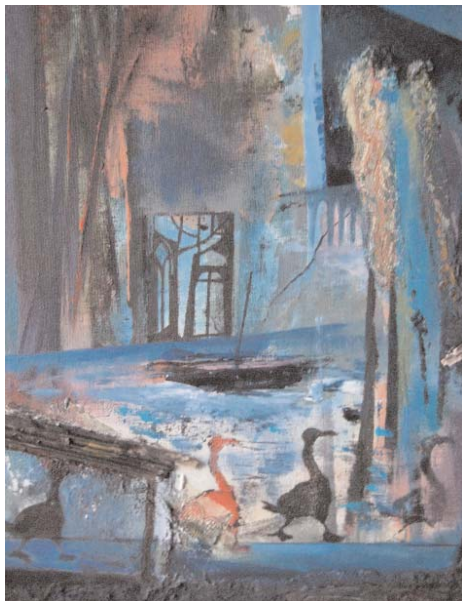
In seinen Forschungs- und Lehrbereichen Theorie von Schule - Bildungspolitik - Geschichte und Organisation von Schule prägte er eine Generation von Lehrern, Erziehungswissenschaftlern und Psychologen. Er assistierte Helmut Becker in den 60-er Jahren beim Aufbau des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.

Als Sozialdemokrat in der Bildungssoziologie und in der Philosophie der Erziehungswissenschaft jener Jahre blieb er praxisnah bei der Entwicklung der Gesamtschule und sicherte als Vorsitzender des Beirats beim Senator für Schulwesen über 20 Jahre die Theoriebindung dieses Berliner Reformwerkes.

Wir Berliner Schulpädagogen, die ihn in den Reformjahren oft als Instanz bemühten, verdanken ihm viel. **U. J. Kledzik** □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E



■ 28.1.2012, 18 Uhr, SPD Treptow-Köpenick, AG Kultur, **Vernissage der Ausstellung „Jetzt geht's los“** Ölmalerei und Kollagen von Monika Zimmer, Galerie KUNST trifft POLITIK im SPD-Kreisbüro, Grünauer Str. 8 in 12557 Berlin

■ 28.01.2012, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Wir im Lichterfelder Süden“, Informationsstand** vor McDonald's, S-Bahnhof, Osdorfer Straße, 12207 Berlin

■ 29.01.2012, 14:00 - 16:00, SPD Tempelhof-Schöneberg, **Erinnerung braucht einen Ort, Gedenkveranstaltung für die Opfer des KZ Columbiahaus**, mit Mechthild Rawert, MdB, MedienGalerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (siehe S. 6)

■ 31.01.2012, 19.00 Uhr, AGS Spandau, u.a. **Jahresplanungs AGS Spandau**, Wahlen, Kreisbüro der SPD Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin,

■ 02.02.2012 von 15 bis 18 Uhr: **Sprechstunde von Eva Högl, MdB**, im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de

■ 02.02.2012, 18:00 - 20:00, August-Bebel-Institut, **Sicher wohnen, unabhängig leben, soziale Kompetenzen fördern**, August-Bebel-Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Ansätze und Zukunft der Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin Mit: Jörg Dresdner und Simone Felger, Vorstand EVM Berlin eG ; Ulrich Haneke, Vorstand Möckernkiez Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen eG; Richard Schmitz, Vorstand Am Ostseeplatz eG; Andreas Böhm, Vorstand DPF eG. Anmeldung erbeten bis 31. Januar unter Tel. 4692 121, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de

■ 04.02.2012, 16:00 - 18:00, **Traditionsmodell mit Zukunft - Chancen und Vielfalt genossenschaftlichen Handelns - Das Beispiel Stromwirtschaft**, August-Bebel-Institut, Ga-

lerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin Mathias Fiedler, Vorstand Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.; Peter Weber, Vorstand Mietergenossenschaft SelbstBau eG; Luise Neumann-Cosel, BürgerEnergie Berlin eGiG; Moderation: Sabine Schneller, Historikerin. Anmeldung erbeten bis 02. Februar unter Tel. 4692 121, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de

■ 06.02.2012, 17:45 Uhr, AG Migration Steglitz-Zehlendorf, **AG Migration goes cinema, Besuch des Films „Kriegerin“** im Rollberg-Kino, Rollbergstraße 70, 12049 Berlin (U 8, Bf. Boddinstraße). Anmeldungen bitte an GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ 07.02.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. **Lichterfelde Ost und Süd, Abteilungskordinierung**, Weinhandel Büscher, Lorenzstraße 57 a, 12209 Berlin

■ 07.02.2012, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, **7. Todestag von Hatun Sürücü - Gedenkveranstaltung**, Gedenktafel am Oberlandgarten Ecke, Oberlandstraße, 12099 Berlin

■ 08.02.2012, 14:00 - 16:00, AG 6oplus Berlin, **Seniorentreff Berlin**, mit Walter Momper, Stiftung BSW, Zugang über den Hof, Aufgang links, 3. Etage, Panoramastraße 1, 10178 Berlin.

■ 08.02.2012, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem. **Von der Finanzkrise zur Systemkrise - wer rettet die Demokratie?** Es referiert Harald Schumann. Veranstaltungsort: Domäne Dahlem im Stall, Königin-Luise-Str. 49, 14195 Berlin

■ 09.02.2012, 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Mitgliederforum: Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise**. Rathaus Wilmersdorf, BVV-Saal 1138, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin (siehe S. 7)

■ 09.02.2012, 19.30 Uhr, Eva Högl (MdB), **Diskussion über die Zukunft der arabischen Revolutionen**, mit Günter Gloser, Nahostberichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, Abdul Bar Zahran, dem ägyptischen Aktivist und Mitbegründer der Partei „Freie Ägypter“, sowie Yasser Sabek, Vorstandsmitglied des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin. Erika-Hess-Saal des Kurt-Schumacher-Hauses, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

■ 09.02.2012, 10:30 - 17:30 Friedrich-Ebert-Stiftung, **Rechtspolitische Fachkonferenz: Rechtsraum Europa**, mit Prof. Dr. Dr. h.c. Inggolf Pernice, Humboldt-Universität zu Berlin, Axel Schäfer, MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland, Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer, Universität Jena, Dr. Eva Högl, MdB, Anke Pörksen, Vorsitzende der ASI. Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Mohrenstraße 64, 10117 Berlin. Anmeldung und weitere Informationen Friedrich-Ebert-Stiftung, Mail: forum.mj@fes.de, Internet: <http://www.fes-forumberlin.de/>

10.02.2012, 14.00 - 17.30, Jahresempfang der AG 6oplus, Nachbarschaftshaus Urbanstr. 21,

10961 Berlin (s. S. 10)

■ 10.02.2012, 18:00, ASF **Marzahn-Hellersdorf, ASF-Wahlversammlung**, AWO, Kastanienallee 53, 12627 Berlin

■ 14.02.2012 - 25.03.2012 (Ausstellungseröffnung: 13.02.2012, 18.00 Uhr) Freundeskreis Willy-Brandt-Haus **Fotoausstellung; Jim Rakete - Stand der Dinge**. Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr | Eintritt frei | Ausweis erforderlich

■ 15.02.2012, 18:30 Daniel Buchholz, MdB / Fachausschuss Mobilität, **Elektromobilität**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 15.02.2012, 19:30 - 21:30, AfB - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Rechenschaftsbericht und Neuwahlen**, SPD Kreisbüro, Goethestr. 15, 10625 Berlin

■ 15.02.2012, 18:15 - 20:30, Friedrich-Ebert-Stiftung: **Deutscher Zustand: Heile Welt?** Von rechtem Alltag und rechten Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft - Lesung und Podiumsdiskussion, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin. Anmeldung bitte per Mail an forum.mj@fes.de bis zum 03. Februar 2012.

■ 16.02.2012, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - **AG Migration, Jahreshauptversammlung mit Wahlen**, SPD Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 22.02.2012, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Zeitzeugengespräch: Käthe Sasso** aus Wien, die über ihr Leben im antifaschistischen Widerstand in Österreich und ihr Leben im KZ Ravensbrück berichtet, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 27.02.2012 ab 8 Uhr: **Politische Tagesfahrt durch Berlin mit Besichtigung des Reichstages** und des Verteidigungsministeriums. Es gibt noch freie Plätze. Bitte anmelden unter 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de

FES eSeminar:

Kommunalpolitik & Sport

Kommunalpolitik verstehen und einfach online lernen - darum geht's bei den eLearning-Kursen der OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Mit Bezug auf sportliche Großereignisse wie die Olympischen Sommerspiele oder die Fußball-Europameisterschaft steht im Jahr 2012 das vielfältige Themenfeld „Kommunalpolitik und Sport“ im Vordergrund.

Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen über die Bedeutung des Sports in der Kommune. Ab 11. Februar als dreiwöchiger Onlinekurs (zwei Präsenzphasen in Berlin inkl.). Teilnahmegebühr: 80 Euro (reduz. 40 Euro)

➔ FES eSeminar ab 11.02.2012: Kommunalpolitik & Sport (Berlin). Anmeldung: Tel. 0228 / 883 7112 oder online www.fes-kommcheckers.de. Alle Infos auf einen Blick: <http://is.gd/1VObqG>

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Anschauen kostet nichts

Bildende Künstler fordern Ausstellungshonorare

Nein, ein Ausstellungshonorar haben die Künstlerinnen und Künstler nicht erhalten, die im Dezember und Januar ihre Arbeiten in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zeigten. Das Berliner SPD-Kulturforum verband die Finissage seiner Ausstellung dennoch mit einer Diskussion über diese Frage und die soziale Lage der Künstler.

Während ein Musiker für einen Auftritt im Regelfall eine vernünftige Gage erhält, müssen ausstellende Künstlerinnen und Künstler oft sogar eigenes Geld ausgeben. Sie kaufen die Bilderrahmen, sie wenden Zeit auf, um die Bilder zu hängen. Finden Sie bei einer Ausstellung Käufer für ihre Arbeiten, dann können sie ihre Kosten vielleicht decken. Oft genug aber ist das nicht der Fall. Oder sie stellen in kommunalen Galerien aus, in denen kein Verkauf erfolgt.

Der Verband bildender Künstler (bbk) fordert seit längerer Zeit Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler. Im Gespräch mit dem SPD-Kulturforum stellten der bbk-Vorsitzende Herbert Mondry und bbk-Geschäftsführer Bernhard Kotowski ihr Konzept vor, mit dem zumindest im Bereich der kommunalen Galerien ein Einstieg in Ausstellungshonorare möglich würde. Dazu sollen im Landeshaushalt jährlich 250.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Künstler, die in vom Land Berlin betriebenen Einrichtungen ausstellen, sollen daraus ein Honorar von 3 Prozent des Wertes ihres Werkes erhalten. Der Wert soll sich am Versicherungswert bemessen, die Obergrenze liegt bei 5000 Euro. Mondry wies auch auf positive Entwicklungen hin: So hätten die an der Ausstellung „based in berlin“ im vergangenen Jahr beteiligten Künstlerinnen und Künstler pauschal 500 Euro erhalten.

Ein Ausstellungshonorar dokumentiere auch die Wertschätzung und den Respekt vor der Leistung der Künstler, so Mondry.



Diskutierten über Ausstellungshonorare: Eckhardt Barthel, stellvertretender Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin, der bbk-Vorsitzende Herbert Mondry und bbk-Geschäftsführer Bernhard Kotowski. Foto: Horb

Allerdings würde auch dieser Betrag nur ein bescheidener Beitrag zur Verbesserung der sozialen Situation sein, wie mehrere Künstler in der Diskussion betonten. Sie sorgten sich darum, dass ihre Ausstellungsmöglichkeiten aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden, wenn Honorare gezahlt werden müssen. Ihnen wäre es wichtiger, wenn wieder - wie vor etlichen Jahren über die Soziale Künstlerförderung - der Ankauf von Werken möglich würde, die dann in öffentlichen Einrichtungen einen Platz finden könnten. Das Jahreseinkommen bildender Künstler, so Herbert Mondry, liege derzeit bei 10.000 Euro, in Berlin gar bei nur 9000 Euro.

Auch das Kulturforum Stadt Berlin überlege weiter, wie die Zahlung von Ausstellungshonoraren möglich werde, so Eckhardt Barthel. Da es seine Ausstellungen aber rein ehrenamtlich organisiert und sich nur über Mitgliedsbeiträge finanziert, ist eine rasche Lösung nicht in Sicht. Es sei denn, die Mitgliedszahlen steigen rasant an... **U.H.** □

➔ Das Konzept des bbk im Internet: <http://www.bb-k-berlin.de/>

➔ Das Kulturforum Stadt Berlin im Internet: www.kultur-in-berlin.com

KULTURTIPPS

Lange Nacht. Zur 30. Langen Nacht laden Berlins Museen am heutigen Sonnabend zwischen 18.00 bis 2.00 Uhr. Seit 15 Jahren gibt es die Lange Nacht, die diesmal im Zeichen des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen steht, aber mit ihrem Themenspektrum weit darüber hinaus reicht. 70 Häuser auf sechs Routen sind diesmal dabei. Viele nehmen in ihren Programmen und Führungen Bezug auf den Geburtstag des Preußenkönig, der wie kaum eine andere Persönlichkeit das kultu-



relle Selbstverständnis der Berliner und Brandenburger geprägt hat und seine Spuren in den Beständen etlicher Museen hinterlassen hat. Erstmals bei der Langen Nacht dabei sind die Filmakademie Kelle mit ihrer historischen Kamerasammlung, das Historiale Berlin Museum mit einer Ausstellung zur Geschichte Berlins und der Tränenpalast, der den deutschen Alltag in Zeiten von Teilung und Grenze veranschaulicht. **PM** □

➔ 30. Lange Nacht der Museen, Sonnabend, den 28. Januar 2012, 18.00 bis 2.00 Uhr, Treffpunkt Kulturforum Potsdamer Platz mit Start und Ziel aller sechs Shuttle-Bus-Routen. Abendkasse am 28. Januar ab 17.00 Uhr am Potsdamer Platz sowie in den teilnehmenden Häusern. Preis: 15 EUR / ermäßigt 10 EUR. Für Kinder bis 12 Jahre ist der Eintritt frei. Programm unter: <http://www.lange-nacht-der-museen.de>